„Resilienz bedeutet nicht, den Status quo zu verteidigen, sondern Stabilität mit Lernfähigkeit zu verbinden“

Die Wissenschaftsministerinnen von Brandenburg und Baden-Württemberg befassen sich im Auftrag aller Bundesländer mit der Resilienz des Wissenschaftssystems gegen politische Risiken. Im Interview berichten Manja Schüle und Petra Olschowski über ihre Erkenntnisse.

Anne Brüning, Tim Gabel
18. Februar 2026

Die Wissenschaftsministerkonferenz hat im Oktober eine Arbeitsgruppe zum Thema Resilienz eingerichtet. (Amrei Schulz / Photothek.de)

Frau Schüle, Frau Olschowski, Sie beide haben innerhalb der Wissenschaftsministerkonferenz (WissMK) die Federführung beim Thema Resilienz des Wissenschaftssystems. Ihr Auftrag seit Oktober: Sie sollen Handlungsbedarf identifizieren und Lösungswege erarbeiten. Am Freitag findet in Mannheim die erste öffentliche Veranstaltung zu dem Thema statt. Wie ist die Resonanz im Vorfeld?

Petra Olschowski: Das Thema bewegt viele, das Interesse ist entsprechend groß. Wir haben rund 200 Anmeldungen und täglich kommen weitere hinzu. Wir setzen den Fokus bewusst auf die Länderperspektive. Wir nehmen die Hochschulen und Wissenschaftsorganisationen vor Ort, den Mittelbau und die Studierenden in den Blick. Diese Perspektiven fehlen oft in der öffentlichen Debatte.

Manja Schüle: Die Ergebnisse in Mannheim werden wir systematisch bündeln und die Debatte auf dieser Grundlage bei einer Veranstaltung am 8. Juli in Potsdam konkretisieren. Das bedeutet: Die Verantwortung der unterschiedlichen Akteure benennen sowie konkrete Handlungsfelder und Maßnahmen aufzeigen.

Was sind die Ziele Ihrer Arbeitsgruppe in der WissMK?

Schüle: Unsere Arbeitsgruppe verfolgt zwei Ziele: Erstens, eine belastbare Analyse mit konkreten Reformoptionen für politische Entscheidungsträger vorlegen – mit einem Fokus auf Prävention und Krisenmanagement. Zweitens wollen wir zur Vernetzung und Geschlossenheit des Wissenschaftssystems beitragen sowie die Öffentlichkeit sensibilisieren. Wir müssen besser kommunizieren, warum Wissenschaftsfreiheit kein Spezialthema ist, sondern ein Grundpfeiler unserer liberalen Demokratie.

Wie weit sind Sie?

Schüle: Im Kern kreisen die Debatten um vier Handlungsfelder: finanzielle Stabilität, institutionelle Unabhängigkeit, Vertrauen in Wissenschaft und Forschung im öffentlichen Diskurs und viertens: Schutz der Akteure vor Druck von außen – und auch von innen. Wir sind in der GWK bereits in dieser Woche wieder mit den Länderkolleginnen und -kollegen zusammen und das Thema wird auch beim Kaminabend zur Sprache kommen. Auch der Wissenschaftsrat beschäftigt sich mit dem Thema und wir sind im engen Austausch. Viele Akteure befassen sich mit dem Resilienz-Thema – meist innerhalb ihrer eigenen Logik. Die Länder denken aus Ländersicht, Forschungsorganisationen aus Forschungsperspektive. Aber unser Wissenschaftssystem funktioniert nur als Gesamtarchitektur.

Petra Olschowski (Grüne) ist seit September 2022 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst des Landes Baden-Württemberg. *(Amrei Schulz / Photothek.de)*

Manja Schüle (SPD) ist seit 2019 Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. *(Amrei Schulz / Photothek.de)*

Wer führt die unterschiedlichen Logiken der Akteure und Ebenen zusammen – und wie?

Schüle: Diese Rolle übernehmen Bund und Länder gemeinsam in der GWK – im engen Schulterschluss mit den Wissenschaftsorganisationen. Resilienz ist keine Einrichtungsfrage, sondern eine Strukturfrage. Deshalb organisieren Petra Olschowski und ich jetzt auf Länderebene systematisch Vernetzung, Solidarität und klare Verantwortlichkeiten.

Olschowski: Wir beide übernehmen die Koordination im ersten Schritt. Zu entscheiden, wie das längerfristig genau aufgesetzt wird, soll ja Teil des Prozesses sein.

Was ist eigentlich genau gemeint, wenn es um die „Resilienz des Wissenschaftssystems“ geht? Wogegen muss es resilienter werden?

Olschowski: Ich fand die Formulierung von Walter Rosenthal im Interview mit dem *Research.Table* sehr klug. Er spricht vom Schutz der Autonomie und der Finanzierung gegen politische Risiken. Es handelt sich also nicht um Risiken wie sie zum Beispiel eine Pandemie oder der Klimawandel auch für Hochschulen und das Wissenschaftssystem birgt. Andererseits wollen wir die Debatte nicht auf Resilienz gegen eine Partei reduzieren, die die Freiheit unseres Wissenschaftssystems aktuell ja grundlegend angreift. Zu den politischen Risiken gehören auch solche, die durch geopolitische Veränderungen und internationale Kooperationen entstehen. Auch das nehmen wir in den Blick.

Schüle: Resilienz bedeutet vorausschauende Systempolitik. Wir bewegen uns im Wissenschaftssystem horizontal und vertikal in starken Interdependenzen – finanziell, institutionell und politisch. Es sind historisch gewachsene Strukturen, die wir nun aus einer neuen Perspektive betrachten. Entscheidend ist: Resilienz bedeutet nicht, den Status quo zu verteidigen, sondern Stabilität mit Lernfähigkeit zu verbinden – damit Wissenschaft auch künftig frei, mutig und innovativ arbeiten kann.

Stimmt das genaue Hinsehen Sie eher zuversichtlich oder sorgenvoll?

Schüle: Das genauere Hinsehen hat gezeigt, wie komplex das System ist: unterschiedliche Finanzierungsströme, Governancestrukturen und Laufzeiten. Deshalb brauchen wir eine sorgfältige Analyse und entschiedenes Handeln. Gleichzeitig verändern gesellschaftliche Entwicklungen das Umfeld. Antidemokratische Einstellungen, Extremismus, Antisemitismus wirken in Hochschulen hinein.

Wissenschaft kann nicht stark bleiben, wenn gesellschaftlicher Konsens bröckelt. Wir brauchen Veränderung – aber in Richtung Kooperation, Interdisziplinarität, Transfer und gesellschaftlicher Einbindung. Klar ist auch: Das Thema ist dringlich – aber Resilienz ist keine Alarmrhetorik, sondern langfristige Vorsorgepolitik.

Schon in Ihrem eigenen Gremium, der WissMK, ist es schwierig, einen Konsens beim Thema Resilienz herzustellen. Das Einstimmigkeitsprinzip bei Abstimmungen etwa ist mit Blick auf mögliche AfD-Blockaden umstritten. Was ist Ihre Meinung dazu?

Olschowski: Die Einstimmigkeit ist ein hohes Gut und hat uns oft stark gemacht, auch die Notwendigkeit von politischen Kompromissen deutlich gemacht, auf denen unsere Demokratie ja im positiven Sinn beruht. Wir haben bereits in der Wissenschaftsministerkonferenz Kompromissformeln gefunden, etwa bei „soften“ Themen wie Positionspapieren oder bei der Frage, dass das KMK-Sekretariat aufgelöst werden muss, wenn ein Land aus der KMK austritt. Einstimmigkeit darf aber nicht dazu führen, dass das System handlungsunfähig wird. Wenn das Gemeinschaftsprinzip gegen Handlungsfähigkeit abzuwägen wäre, würde ich die Handlungsfähigkeit priorisieren.

Schüle: Die Debatte wird nicht immer ehrlich geführt. Bei innovationspolitischen Fragen wird die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip oder eine Koalition der Willigen – wie etwa bei der Fusionsallianz – als notwendig dargestellt, während gleichzeitig die Einstimmigkeit als „Tafelsilber des Föderalismus“ verteidigt wird. Wo Einstimmigkeit Blockaden ermöglicht und damit Wissenschaftsfreiheit gefährdet, müssen wir über andere Mechanismen sprechen. Resilienz braucht Entscheidungsfähigkeit.

Der neue Präsident der WissMK, Markus Blume, hat sich klar gegen eine Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips ausgesprochen. Er hat stattdessen in den Raum gestellt, dass eine WissMK auch mit 15 Ländern funktionieren könnte. Wäre das für Sie vorstellbar?

Schüle: Das ist vor allem eine theoretische Debatte. Solche Gedankenspiele verschieben den Diskurs und legen die Axt an Strukturen, die sich über Jahrzehnte bewährt haben. Daraus leite ich keine praktische politische Agenda ab. Entscheidend ist etwas anderes: Unser föderales System gemeinsamer Verhandlungen funktioniert. Jetzt geht es darum, es ohne Alarmismus resilient und handlungsfähig weiterzuentwickeln.

Olschowski: Die Bewegung sollte eigentlich in die andere Richtung gehen. Der Exzellenzprozess mit länderübergreifenden Clustern zeigt beispielhaft, dass Deutschland im europäischen Wettbewerb stärker ist, wenn föderale Grenzen an manchen Stellen

gezielt überwunden werden, um Kooperation zu ermöglichen. Der Verlust eines Bundeslandes wäre eine Schwächung der Gesamtstruktur. Unser Ziel sollte sein, das erfolgreiche System des Wissenschaftsföderalismus zu bewahren und weiterzuentwickeln – nicht es durch einzelne Kräfte zerstören zu lassen. Wie wir das gemeinsam erreichen, ist die zentrale Frage. In dieser Hinsicht müssen wir uns auch noch darüber verständigen, ob wir Schaden gemeinschaftlich versuchen, abzufangen oder ihn sogar zulassen – um die Konsequenzen deutlich zu machen, die bestimmte politische Entscheidungen haben.

Wann wollen Sie zu diesen Punkten konkrete Verabredungen oder Abstimmungen in den Gremien treffen?

Olschowski: Für die meisten Punkte werden wir am Ende die Abstimmung in der GWK brauchen, weil wir auch eine Ausbalancierung mit dem Bund brauchen. Aber die WissMK muss die Vorbereitung dafür aushandeln. Wir werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppe im Sommer oder Herbst vorlegen. Meine Vorstellung ist, dass wir in der darauffolgenden Sitzung zu Beschlüssen kommen.

Was wird vielleicht schon in dieser Woche konkret in der GWK-Sitzung oder beim Kaminabend besprochen?

Olschowski: Dazu kann ich im Moment noch nichts sagen. Der Kaminabend berät vertraulich – und Vertraulichkeit ist, wie wir wissen, wichtig für Resilienz. Aber insgesamt stehen in der GWK praktische Fragen zu Ko-Finanzierungsmodellen, Verfahrensabläufen und strukturellen Regelungen im Fokus. Solche Abstimmungen betreffen auch die gemeinsame Finanzierung von Forschungseinrichtungen. Ziel ist es, frühzeitig Prozesse anzustoßen und zu prüfen, wie wir die Stabilität dieser Strukturen sichern können, die ja von landespolitischen Entscheidungen abhängen, aber nationale oder sogar internationale Strahlkraft haben.

Manchmal lohnt sich ein Blick über den Tellerrand. Was haben Sie aus dem Beobachten internationaler Beispiele für Ihre Arbeitsgruppe gelernt?

Olschowski: Der Blick auf internationale Entwicklungen zeigt, wie entscheidend Resilienz, Kooperation und gesellschaftliches Vertrauen für stabile Wissenschaftssysteme sind. Erfahrungen aus Polen verdeutlichen, dass wissenschaftliche Einrichtungen selbst unter politisch schwierigen Bedingungen über einen bestimmten Zeitraum handlungsfähig bleiben können, wenn internationale Kooperationen, europäische Fördermittel und solidarische Netzwerke innerhalb eines

Landes greifen. Externe Finanzierung und transnationale Zusammenarbeit halfen dort, Strukturen auch während der Zeit der PiS-Regierung zu stabilisieren und nach politischen Veränderungen schnell wieder anzuschließen. Gleichzeitig zeigen Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, wie verwundbar Wissenschaft wird, wenn politische Polarisierung zunimmt und wissenschaftliche Expertise öffentlich delegitimiert wird. Die Institutionen im Wissenschaftssystem müssen daraus lernen, dass sie sich nicht durch falsche Anreizsysteme auseinanderdivergieren lassen, sondern solidarisch bleiben.

Schüle: Die internationalen Entwicklungen zeigen vor allem: Vertrauen ist ein zentraler Resilienzfaktor. Rechtliche und finanzielle Stabilität reichen nicht, wenn wissenschaftliche Expertise öffentlich delegitimiert wird. Deshalb gehört eine starke Wissenschaftskommunikation und der Dialog mit der Gesellschaft ausdrücklich zur strukturellen Vorsorgepolitik.

Letzte Aktualisierung: 18. Februar 2026

Wissenschaft | Hochschulen | Resilienz | Universitäten | Bundesländer | Wissenschaftsfreiheit | Rechtspopulismus | Demokratie